Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

1.4.1922 (No. 78)

Visual Library

№ 78 Samstag, den 1. April 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 ℳ — Einzelnummer 1.— ℳ — Anzeigengebühr: 1.30 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Genua u. die Reparationsfrage.

Im Lauf der letzten Wochen hat sich immer mehr gezeigt, daß man wohl einen formellen Beschluß fassen kann, der die öffentliche Erörterung der Reparationsfrage von der Beratung in Genua ausschließt, daß man aber dennoch gezwungen sein wird, die Konferenz in Genua im ideellen Zusammenhang mit der Reparationsfrage zu behandeln und diese Frage auch in Genua wenigstens in unverbindlicher oder vertraulicher Form irgendwie zu besprechen. Praktisch wird es sich gar nicht vermeiden lassen, daß auch hie und da in den offiziellen Reden darauf Bezug genommen wird. Und den französischen Vertretern wird nicht einmal der wildeste Pariser Chauvinist zumuten können, daß sie bei einer jeden Erwähnung dieser Frage aufspringen und nach der Geschäftsordnung schreien. Amerika aber hat inzwischen deutlich erkennen lassen, daß es sich von einer europäischen Wirtschaftskonferenz, die die Reparationsfrage nicht vor ihr Forum zieht, gar nichts verspricht.

Jetzt heißt es, daß am Abend vor der Eröffnung der Konferenz Besprechungen der Alliierten stattfinden sollen. Es ist durchaus möglich, daß auch hierbei die Reparationsfrage, soweit sie als eine wirtschaftliche und finanzielle Fachfrage aufzufassen ist, erörtert werden wird. Als politische Frage wird sie, wie aus den neuesten Meldungen hervorgeht, erst nach der Konferenz von Genua erledigt werden können. England soll vorgeschlagen haben, daß die Reparationskommission vor Genua keine weiteren Beschlüsse hinsichtlich der deutschen Reparation fassen und zur Ausführung bringen möge. Auch Frankreich soll nicht die Absicht haben, vor der Konferenz auf irgend welche Zwangsmaßnahmen zu dringen.

Aus alledem erhellt klar das eine, daß die Wirtschaftskonferenz von Genua auch dann, wenn die Reparationsfrage offiziell dort nicht behandelt wird, doch wichtige Voraussetzungen für die demnächstige Erledigung dieser Frage schaffen wird. Und da solches auch von den führenden Staatsmännern der Entente ziemlich allgemein angenommen wird, haben wir alle Veranlassung, unsere ganze Aufmerksamkeit auf diese Konferenz in Genua zu konzentrieren. Wird doch auch der Reichskanzler selbst an der Konferenz teilnehmen.

Was nun die von Paris angedrohten Zwangsmaßnahmen betrifft, so wird Frankreich natürlich bestrebt sein, eine prinzipielle Stellungnahme der Konferenz zu der Methode solcher Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Das heißt, es wird von vornherein erklären, daß es sich hier um eine politische Angelegenheit handelt, die die Konferenz nichts angeht. Demgegenüber steht nun aber die Einsicht aller vernünftigen Politiker Europas, daß diese Zwangsmaßnahmen vor allem eine eminent wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung haben. Insofern aber ist dann bis zu einem gewissen Grade ganz Europa an dieser Sanktionspolitik interessiert. Wenn von neuem der Nachweis erbracht wird, daß derartige Sanktionen die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung Europas von neuem gefährden, so wird sich kein aufrechter Staatsmann abhalten lassen, Frankreich zu sagen, daß diese Zwangsmaßnahmen eben doch eine wirtschaftliche und keine politische Angelegenheit sind.

Daß in Frankreich die Neigung zur Wiederaufnahme bezw. Fortsetzung der Sanktionspolitik besteht, wissen wir aus dem Havasbericht, der jüngst über eine geheime Sitzung des französischen Senats veröffentlicht wurde. Aus diesem Bericht ist zu entnehmen, daß Frankreich die Besetzung des Ruhrreviers plant, und daß England dann, wenn Frankreich mit dem Vormarsch der französischen Truppen drohen sollte, selber mitmarschieren wird. Ein Dementi ist diesem Havasbericht von englischer Seite bisher nicht entgegengesetzt worden. Aber auch hier gilt vielleicht die Tatsache, daß alle Alliierten, England voran, erst einmal den Verlauf der Konferenz von Genua abwarten wollen, bevor sie an diese Sache herangehen. Die Aufnahme, die die Rede des Reichskanzlers, noch mehr aber die Rede Dr. Rathenaus in Paris bei der Presse gefunden hat, ist auf alle Fälle so, daß wir uns auf neue Beweise französischer Gewalt- und Haßpolitik gefaßt machen müssen.

Die geistigen Voraussetzungen des französ. Nationalismus.

Von einem **badischen Zentrumspolitiker** wird uns geschrieben:

Besteht unser deutsches Vaterland im Jahre 1925 noch in seiner heutigen Gestalt? Wer vermag das zu sagen? Im Staatsleben gibt es keine Unmöglichkeiten und es läßt sich deshalb schwer prophezeien. Aber es gibt Gründe, die für die endgültige Auflösung Deutschlands zu sprechen scheinen. Einer von ihnen ist der **französische Nationalismus.** Er ist ein unendlich verzweigtes Gebilde, ein unübersehbares Gewebe von Beziehungen, ein Prinzip des Handelns und eine Idee zugleich, an der sich das Gefühl der Franzosen berauscht. Er ist Weltanschauung, stellvertretende Religion, gewissermaßen Religionsersatz, aber ein höchst gefährlicher mit Wirklichkeit gesättigter Ersatz, der die geistigen Voraussetzungen echter Religion bis in die Wurzeln vergiftet. Neuheidentum im Gewand von Kunst und Wissenschaft, das den Anspruch erhebt, Weltgeltung zu erlangen, Weltreligion zu werden. Im Franzosentum lebt der altheidnische römische Staatsgedanke weiter, und dort, wo im christlichen Leben der Glaube an den einen wahren Gott seine Stellung hat, erscheint in der Bekenntnisformel des Nationalismus die **Staatsräson.** Ihr hat sich alles zu beugen, vor ihr hat alles zu opfern, Frankreich ist der große Altar, der alle anderen Altäre der Kränze und Verehrer beraubt.

Auf der Gebotetafel des Nationalismus steht ein großes Gebot, das jedem Franzosen schon in die Wiege gesungen wird: **Frankreich.** Alle Fragen unter dem einen und einzigen Gesichtspunkt betrachten — **Frankreich.** Der Franzose hat also das was man als eine dogmatische, d. h. auf festgefügte Glaubenssätze begründete politische Weltanschauung bezeichnen darf. Es gibt einfach gar nichts in der Welt und es geschieht nichts auf ihr, was nicht unter irgend einem Gesichtspunkt mit Frankreich könnte in Beziehung gesetzt werden. Frankreich ist der geheime Magnet, auf den die Dinge der Welt hinstreben, das Mirakelwort, das für alle Fragen eine Lösung und für alle Aufgaben eine erwählte Menschenrasse hat. Überflüssig zu sagen, daß der Nationalismus — nicht bloß Frankreichs — wesenhaft irreligiös ist, unduldsam im höchsten Grad und voller Ansprüche, die geeignet sind, die Luft, in der die Völker atmen, zu verpesten und sie mit Explosivstoffen bis zum Ersticken zu erfüllen. Nationalismus und Kapitalismus — die großen treibenden Kräfte der Kriegskatastrophe.

Der Nationalismus war das geistige Rückgrat der kämpfenden Franzosen im Krieg. Durch den Sieg der verbündeten Mächte erfuhr er eine phantastische Stärkung. Wie jede Irrlehre, so entfaltet erfahrungsgemäß der Nationalismus eine ungeahnte Kraft der Aktion. Er hat alle Vorteile der Einseitigkeit auf seiner Seite, freilich auch die Nachteile. Aber im Augenblick des politischen Erfolges sieht man sie nicht. Der Nationalismus verarmt das geistige Leben, raubt ihm die Tiefe. Der Franzose von heute hat noch nicht die grausame Leere des nationalen Fanatismus ausgekostet. **Der Hefenschluck steht ihm noch bevor.** Noch speist sich sein Nationalismus aus ganz tiefen, unterirdischen Quellen, die wir aus weiter Ferne rauschen hören, wenn der Name Domremy erklingt. Die tiefen verschollenen Quellen seiner Kraft ruhen in der Religion der Väter. Aber auch sie sind dem Versiegen nahe. Und wenn der Tropfen heiliger Erinnerung die Gegenwart nicht mehr speist, dann ist Frankreich für seine Katastrophe reif.

Der Deutsche, besonders der deutsche Arbeiter, quält sich mit der Frage des Kapitalismus ab und kann es sich gar nicht vorstellen, daß der französische Arbeiter nicht auch so fühlen soll wie er. Auch der französische Arbeiter fühlt den Druck der wirtschaftlichen Not, auch für ihn besteht die Frage nach einer gerechten Regelung des Verhältnisses von lebendiger Arbeit zum toten Besitz. Aber die wirtschaftliche Seite seines Daseins ist eingehüllt in eine licht- und farbenreiche Atmosphäre: **Frankreich.** Frankreich ist etwas, was ihn der eigenen Nöte, wenn nicht enthebt, so doch weniger erbittert bewußt werden läßt, als seinen deutschen Kollegen. Der französische Proletarier lebt buchstäblich nicht allein vom Brot, sein Lebenselement und seine Gotteslosung ist: Frankreich. Der französische Proletarier hat noch einen Altar, auf dem er opfert: **Frankreich.** Der französische Nationalismus hat heroische Züge, wer will das bestreiten? Aber losgelöst vom geheiligten Quellbezirk der Religion Jesu Christi ist er zur europäischen Gefahr geworden, und wo vordem sittliches Heldentum war und heute noch sein könnte, walten dämonische Triebe eines Massenfanatismus, der sich einer unheildrohenden Gewitterwolke gleich am europäischen Himmel lagert.

Badische Wochenrückblicke.

Zum Kapitel Schiffahrtsstraßen.

Zwei Kanalangelegenheiten haben in dieser Woche das Interesse der badischen Öffentlichkeit in Anspruch genommen. Bei der einen handelt es sich um den Ausbau des Rheins zwischen Basel und dem Bodensee. Die über dieses Projekt in der Vorwoche in Basel gepflogenen Beratungen der badisch-schweizerischen Kommission bedeuten einen bemerkenswerten Fortschritt in dieser wichtigen Frage. Bisher hatten sich beide Länder bekanntlich im wesentlichen auf die gemeinsame Genehmigung einzelner Gesuche um Errichtung von Kraftwerken beschränkt. Diesmal nun ist auch über die Schiffbarmachung der gesamten Rheinstrecke von Basel bis zum Bodensee verhandelt worden. Und zwar wurde in wichtigen Punkten Übereinstimmung erzielt, vor allem hinsichtlich der schleunigen Aufstellung der Pläne auf Grund des vorhandenen umfangreichen Materials. Die Entwurfsbearbeitung für die Schiffbarmachung soll im allgemeinen in der Hand Badens liegen, während die in der letzten Zeit von der Schweiz besonders bearbeitete Frage der Regulierung des Bodenseeabflusses in Verbindung mit der Rheinkanalisierung aufwärts von Eglisau auch weiterhin von der Schweiz bearbeitet werden soll. Pläne, Kosten und wirtschaftliche Unterlagen sollen bis Ende 1923 vorliegen, die Bauarbeiten gleichzeitig mit jenen zur Verbesserung des Großschiffahrtsweges Straßburg—Basel begonnen und vollendet werden.

Da sowohl die Schweiz als Deutschland an einer derartigen gleichzeitigen Fertigstellung der Rheinschiffahrtsstraße bis zum Bodensee ein gleich starkes Interesse haben, ist anzunehmen, daß das Projekt, das für das Wirtschaftsleben beider Länder von außerordentlicher Bedeutung ist und auf dessen Verwirklichung Handel, Industrie und Landwirtschaft diesseits und jenseits der Landesgrenze große und berechtigte Erwartungen setzen, allseitig mit größtem Nachdruck gefördert und betrieben werden wird. Der deutschen Technik erwächst damit eine gewaltige und ehrenvolle Aufgabe. Besonders zu begrüßen wäre die Aussicht auf baldige Verwirklichung der Pläne auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsgelegenheit, die durch die Herstellungsarbeiten selbst für zahlreiche Betriebe und Arbeiter geschaffen werden dürfte und die vielleicht gerade in den kommenden Jahren bitter not tun wird.

Weniger erquicklich war die Veranlassung zu den dieser Tage notwendig gewordenen Feststellungen in der Frage des Neckar-Donaukanals. Ein württembergisches Blatt, das „Neue Stuttgarter Tagblatt", hatte es für nötig gehalten, in einem mit Gehässigkeit und Unwahrheiten gespickten Artikel „Gefahren für den Neckarkanal" das in München aufgestellte Bauprogramm für den Main-Donaukanal und das Verhalten Badens in dieser Angelegenheit als Gefährdung des Neckar-Donaukanals hinzustellen. Die nichts weniger als freundnachbarlichen Geist atmenden Vorwürfe und Anrempeleien wurden von zuständiger badischer Seite als jedes erträgliche Maß übersteigend mit gebührender Entschiedenheit zurückgewiesen. Wer es nicht schon wußte, erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß Baden, das den Neckarkanal will, aber in dem Bauprogramm für den Mainkanal, an dessen Ausbau es ein wirtschaftliches Interesse hat, keine Gefahr für den Neckarkanal erblicken kann, im Verhältnis zu den großen Konzessionen, die es dem Neckarprojekte machte, recht wenig Entgegenkommen auf württembergischer Seite findet, während die badischen Interessen trotz geringer Beteiligung Badens an der Main-Donaugesellschaft beim Reich und in Bayern weitgehende Berücksichtigung erfuhren. Baden hat durch Verzicht auf seine an sich berechtigte Forderung in bezug auf die Bewertung der badischen Wasserkräfte, überhaupt erst die Finanzierung des Neckarkanals ermöglicht; trotzdem bildet es im Aufsichtsrat eine verschwindende Minderheit und ist nicht einmal in allen Ausschüssen vertreten. In der Neckarbaudirektion ist der badische Einfluß gleich Null, in der Direktion der Aktiengesellschaft sitzt neben zwei Württembergern ein aus Baden stammendes Mitglied. Baden hat im Gegensatz zu der unwahren Behauptung des „N. St. T.", daß es dem raschen Ausbau des Neckarkanals hinderlich sei, dem von der Direktion aufgestellten Bauprogramm ohne weiteres zugestimmt und angeregt, daß die Strecke Mannheim-Heilbronn so rasch wie möglich schiffbar gemacht werde. Statt dessen aber werden mit den vorhandenen Geldmitteln zunächst Kraftwerke am Oberlauf des Neckars erstellt. Wenn man nur halb so boshaft sein wollte, wie der Tagblatt-Artikel, könnte man, so hieß es in der amtl. Zurückweisung mit vollem Recht, behaupten, den Württembergern läge viel mehr am Ausbau ihrer Kraftwerke als am Ausbau der Wasserstraßen. Es wurde dann weiter darauf hingewiesen, daß die Leitung des Unternehmens fast ganz in württembergischen Händen liegt und unter württembergischem Einfluß steht, obwohl man Baden seinerzeit Gleichberechtigung versprochen hat und ferner darauf, daß auf badischer Seite zwei Kraftwerke gebaut werden, auf der andern Seite aber mehr als ein halbes Dutzend, obwohl auch in dieser Frage Parität zugesichert war. Baden hat in allen diesen Fragen im Interesse der Sache partikulare Interessen zurückgestellt, wie überhaupt von badischer Seite aus alles getan wurde, um die Sache zu fördern. Niemand in Baden will das gute Einvernehmen zwischen den beiden Ländern oder das Kanalunternehmen stören. Regierung und Wirtschaftskreise stimmen in der Neckarkanalfrage wie in anderen wasserwirtschaftlichen Fragen völlig überein. „In maßgebenden württembergischen Kreisen sollte man sich aber auch," so besagt die badische Ab-

Mit einer Beilage: 29. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wehrerklärung zum Schluß, „darüber klar sein, daß durch solche Artikel und durch solche Kampfespraktiken auf Gebieten, wo ein Kampf ganz unnötig ist, das Zusammenarbeiten nicht erleichtert wird.“ Eine Mahnung, der jeder Einsichtige nur beipflichten kann und die hoffentlich auch Gehör findet!

*

Ein gemeingefährlicher Unfug

wird neuerdings von manchen Metzgern und sonstigen Personen verübt. Um die auf den Schlachtungen und dem Fleischvertrieb ruhenden Abgaben zu sparen, schlachten diese Ehrenmänner „schwarz“ und bringen das Fleisch in Verkehr, ohne die Tiere der vorgeschriebenen Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterstellt zu haben. Sie betrügen damit nicht allein den Steuerfiskus, sondern auch die Käufer, deren Leben und Gesundheit durch nicht zum Genuß zulässiges, insbesondere von krankem Tieren stammendes, Fleisch und durch aus solchem Fleisch hergestellte Wurstwaren schwere Gefährdung droht. Die Regierung hat aus diesem Grunde die Bezirksämter soeben erneut angewiesen, die Vornahme von Geheimschlachtungen mit allen Mitteln zu verhindern u. zu verfolgen. Man sollte im übrigen endlich erwarten dürfen, daß Metzger, Wirte und alle sonstigen etwa noch an diesem gefährlichen Treiben Beteiligten sich mit dem ihnen zustehenden reellen Gewinn zufrieden geben. Denn daß sie etwa die hinterzogenen Gebühren ihren Abnehmern in Gestalt einer Fleischverbilligung in Rechnung bringen, wird schwerlich jemand behaupten wollen. Das Publikum würde sich wohl auch dafür bedanken, das um einige Pfennige billigere Fleisch zu kaufen, wenn es wüßte, daß dieses dafür vielleicht geringeren Nährwert hat oder gar von gefallenen, tuberkulösen oder sonstwie kranken Tieren herstammt. —f.

Politische Neuigkeiten.

Die deutsche Delegation für Genua.

In der Sitzung des **Reichskabinetts**, die gestern unter dem Vorsitz des **Reichspräsidenten** stattfand, wurden über die Zusammensetzung der deutschen Delegation für die Konferenz von Genua **endgültige Beschlüsse gefaßt.** Danach sollen nach Genua gehen Reichskanzler Dr. **Wirth**, Minister des Auswärtigen Dr. **Rathenau**, Finanzminister Dr. **Hermes**, Reichswirtschaftsminister Robert **Schmidt** und für den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ein noch zu bestimmender Vertreter, weiter die Staatssekretäre Dr. Hemmer, Hirsch, v. Simson, Stieler und Dr. Schröder, Reichsbankpräsident Havenstein und eine Anzahl weiterer Persönlichkeiten, darunter eine Reihe von nach einer besonderen Vorschlagsliste aufgestellten Sachverständigen.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag wurde gestern auf eine Anfrage des Abg. Steinkopf (Soz.) regierungsseitig erwidert, daß Erwägungen wegen **Ausdehnung des preußischen Überalterungsgesetzes** auch auf die **Reichsbeamten** im Gange sind.

Auf eine Anfrage des Abg. **Budjuhn** (Dn. Vp.) läßt die Regierung erwidern, daß seit dem 1. Januar Entlassungen in Neupolen lebender deutscher Volksschullehrer, die für Deutschland optiert haben, durch Polen nicht stattgefunden haben, daß sich aber das Auswärtige Amt weitere Schritte in der Angelegenheit vorbehält. — Auf eine weitere Anfrage desselbn Abgeordneten betr. die **Werbetätigkeit in Deutschland für die Fremdenlegion** wird erwidert, daß die Regierung gemeinsam mit den Ländern Schritte unternommen hat, um die Tätigkeit der Werber zu unterbinden. Abenteuerlust, Arbeitslosigkeit oder Furcht vor Strafe treiben die jungen Leute zur Fremdenlegion. Die **Werbung erfolgt** teilweise mittels **Betäubung durch Alkohol**, teilweise **durch Arbeitszusicherung.** Die Regierung tut alles, um solcher Tätigkeit entgegenzutreten und die jungen Leute zu befreien.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen erfolgt die 3. Beratung wegen **Erhöhung der Unterstützungen der Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung**, die gestern an dem Einspruch der Unabhängigen gescheitert war. Die Unabhängigen haben neue Anträge auf Erhöhung der Sätze eingebracht. Das Gesetz wird jedoch im allgemeinen in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Eine Anfrage der Unabhängigen beschwert sich darüber, daß in der Ausstellung „Deutschland und der Friedensvertrag von Versailles“, die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages in verletzender einseitiger Weise dargestellt seien.

Regierungsseitig wird erwidert, die Ausstellung sei eine private Veranstaltung der Vereinigung zum Schutz der deutschen Kultur und werde von der Reichsregierung nicht unterstützt. Im übrigen ist die **Reichsregierung sich bewußt, daß bei der** uns nach der Reichsverfassung obliegenden **Aufgabe die deutsche Jugend im Geiste der Völkerversöhnung zu erziehen, so lange auf die schwersten Hemmungen stoßen wird, solange Deutschland in der bisherigen Weise unter dem Druck des Vertrages von Versailles leidet.**

Sodann wird die 3. Lesung der Steuervorlagen bei der **Kohlensteuer** fortgesetzt. Gegen den Protest der Unabhängigen, Kommunisten und Deutschnationalen wird die Kohlensteuer schließlich angenommen.

Beim Branntweinmonopol greift Abg. **Höllein** (Komm.) wiederum die Deutschnationalen und Sozialdemokraten an, die sich zu einem Schnapsblock vereinigt hätten. Ihre Sorge für soziale Zwecke sei als reine Heuchelei aufzufassen.

Angenommen wird ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten, wonach als **Abfindungsbrennereien** solche angesehen werden, die jährlich mindestens drei Hektoliter (statt 2 Hektoliter) produzieren. Zur Bekämpfung der Trunksucht werden 20 Millionen Mark, zur Bekämpfung der aus dem Alkoholgenuß der Volksgesundheit drohenden Schäden, insbesondere der Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, werden 10 Millionen Mark angesetzt.

Zum **Abschnitt Essigsäure** wird ein Antrag **Diez** (Zentr.) nach längerer Debatte angenommen, der die chemische Industrie zu ungunsten der Essigfabrikation steuerlich bevorzugt. Der Antrag wird **angenommen** und hierauf auch das **Branntweinmonopolgesetz** gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten. Das Gesetz tritt am 1. Mai in Kraft.

Zum **Vermögenssteuergesetz** hält Abg. **Höllein** (Komm.) wiederum eine mehrstündige Rede, indem er gegen die Vorteile protestiert, welche sich das Kapital in diesem Gesetz von der Sozialdmokratie bewilligen lasse. Man gebe doch nicht immer mit dem abgedroschenen rechtsbolschewistischen Gaul hausieren. Daß das deutsche Kapital schon zu hoch belastet sei, sei eine Lüge. Da seine Partei infolge ihres Stärkeverhältnisses keine Anträge stellen könne, müsse sie wenigstens ihre Stimme erheben, um die Massen draußen aufzufordern, dieser Politik des Besitzes, die eine Belastung der Massen bedeutet, ein Ende zu machen.

Ein Antrag **Bernstein** (Soz.), der u. a. die Sparkassen von der Vermögenssteuer freilassen will, wird nach längerer Debatte mit 190 gegen 135 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag Hertz (USP.), der die Freilassung der Kirchen streichen will. — Bei § 16 über den Ertragswert wird in namentlicher Abstimmung ein Antrag der Linksparteien, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und den „gemeinen Wert“ wieder einzusetzen, mit 186 gegen 131 abgelehnt und die Fassung der zweiten Lesung angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes gegen die Stimmen der Kommunisten. Desgleichen wird die Vermögenszuwachssteuer, die Körperschaftssteuer und die Kapitalverkehrssteuer mit unwesentlichen redaktionellen Änderungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Morgen vormittag 11 Uhr: Autonomie der Reichsbank, kleine Vorlagen und der Rest der Steuergesetze.

Aus den Verhandlungen der Reparationskommission.

Der „Temps“ teilt über den von der **englischen Delegation** in der Reparationskommission gestellten **Antrag** auf Einsetzung einer **technischen Kommission** zur Prüfung der internationalen Anleihemöglichkeiten folgende Einzelheiten mit:

Nach dem Entwurf des Antragstellers **Bradbury** sollte den **Vorsitz** des Komitees **Delacroix**, der Vertreter Belgiens in der Reparationskommission, führen; Vizepräsident sollte **Ameglio**, der zweite italienische Delegierte bei der gleichen Kommission, werden. Außer diesen beiden sollten dem Komitee angehören: ein **Vertreter der deutschen Regierung und vier Finanzleute**, nämlich ein **Amerikaner, ein Engländer, ein Franzose und ein Holländer oder Schweizer.** Das Komitee sollte der Kommission ein **Gutachten** über folgende Fragen erstatten: 1. Unter welchen **Bedingungen** könnte **Deutschland** eine Reihe internationaler Anleihen bewilligt werden, deren Ergebnis zu einer Teilmobilisierung der deutschen Reparationsschuld dienen sollte, und mit welchen **Summen** würde man dafür während der nächsten fünf Jahre rechnen können?

2. Welche **Garantien** könnten den eventuellen Geldgebern geboten werden, ohne daß dadurch die **älteren** von Deutschland für die Reparation noch zu leistenden Zahlungen gefährdet würden?

3. In welcher Weise wären die **Kontrolle** und die **Verwaltung** der für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Anleihen zur Verfügung gestellten Sicherheiten zu gestalten und die gegenseitigen **Kompetenzen** der deutschen Regierung, der Vertretung der Geldgeber und der Reparationskommission abzugrenzen?

Die Reparationskommission hat den Antrag Bradbury zwar im Prinzip angenommen, dagegen aber eine **andere Zusammensetzung** des Komitees **unter Ausschluß Deutschlands vorgeschlagen.** Darüber ist es bisher noch zu keiner Einigung gekommen.

Die Nichtsignaturmächte und das Wiesbadener Abkommen.

Havas veröffentlicht unterm 30. März folgende **Mitteilung der Reparationskommission:** Gestern hat bei dem **Vertreter** der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission, **Boyden**, eine Zusammenkunft von Delegierten derjenigen Mächte stattgefunden, die auf der Finanzkonferenz von Paris nicht vertreten waren. Der Zweck der Sitzung war, über die Zustimmung zum **Abkommen von Wiesbaden** zu verhandeln, das von der Reparationskommission bereits gebilligt worden ist unter dem Vorbehalt der **Rechte der Nichtsignatarmächte**, unter denen sich **Brasilien, Rumänien, Griechenland, Portugal**, die **Tschecho-Slowakei, Polen** usw. befinden. Mehrere Delegierte brachten den Wunsch zum Ausdruck, daß sobald wie möglich der den verschiedenen Ländern zustehende Prozentsatz der deutschen Leistungen festgesetzt und bestimmt würde, in welchen Grenzen es diesen Ländern möglich sein werde, **mit Deutschland die gleichen Abmachungen zu treffen, wie sie in Frankreich durch das Wiesbadener Abkommen getroffen hat.** Boyden zeichnete die Bemerkungen der Delegierten auf und wird sie unverzüglich der Reparationskommission vorlegen.

Der neue Ernährungsminister

Der Reichspräsident hat, wie aus Berlin berichtet wird, den Reichstagsabgeordneten Anton **Fehr** zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Der Abg. Fehr, der dem Bayerischen Bauernbund angehört, ist seit dem Jahre 1919 ordentlicher Professor der Bayerischen Hochschule für Landwirtschaft in Freising-Weihenstephan. Er ist geboren am 24. Dezember 1881 in Lindenberg (Allgäu). Nach praktischer Ausübung der Landwirtschaft erhielt er seine theoretische Ausbildung auf der landwirtschaftlichen Hochschule in Weihenstephan, an der er jetzt Lehrer ist, und an der Technischen Hochschule in München. Seit Oktober 1915 ist er Vorstand der bayerischen Landesfettstelle in München.

Weitere Postgebührenerhöhung.

Im Hauptausschuß des Reichstages führte nach einem Pressebericht Reichspostminister **Giesberts** aus, daß die Postverwaltung von dem jährlichen Mehrbedarf infolge der Besoldungsordnung und Lohnerhöhungen im Rechnungsjahr 1922 je **500 Millionen Mark** durch Mehrertrag aus den laufenden Gebühren und aus Ersparnissen aufbringen könne. Es bliebe aber immer noch ein **mehrfaches Milliardendefizit.** Um dies auszugleichen, wäre die **Fernbriefgebühr** von **2 auf 3 Mark** zu steigern und dementsprechend wären auch die übrigen Briefportogebühren zu erhöhen. Der Ortsbriefverkehr und der Paketverkehr in der Nahzone bedürften der Schonung. Beim Telegramm sei an eine Steigerung der Wertgebühr von 1 Mark auf 1,50 Mark gedacht. Bei den Fernsprechgebühren sei zu dem jetzigen Gebührenaufschlag von 80 Proz. ein nochmaliger Aufschlag von 60 Proz. geplant. Im ganzen ergäbe sich hiernach eine jährliche Mehreinnahme von rund vier Milliarden Mark. Aus den vorgestrigen **Beschlüssen des Hauptausschusses** zu der **neuen Besoldungsvorlage ergebe sich ein weiterer jährlicher Mehrbedarf von einer halben Milliarde Mark, der nur durch weitere Steigerung der geplanten Gebührenerhöhungen zu gewinnen sei.** Als Ausgangspunkt für diese Steigerung habe wieder die **Fernbriefgebühr** zu dienen, und zwar müsse dann diese Gebühr statt auf 3 Mark auf 4 Mark bemessen werden. Beim Telegramm wäre eines Steigerung über einen Satz von 1,50 Mark für das Wort zur Zeit nicht möglich.

Zur Verhaftung der Schupobeamten in Oberhausen.

wird mitgeteilt: Oberhausen gehört an und für sich nicht zum besetzten Gebiet. Es versieht aber die Schutzpolizei hier Dienst im westlichen Teil der Stadt, der durch die belgischen Sicherheitspatrouillen begangen wird und nur mit von der Entente vorgeschriebenen Armbinden und Ausweisen genehmigt ist. Am 29. März wurde der Wachtlastkraftwagen, der jeden Mittag die Ablösung sämtlicher Oberhausener Polizisten besorgt, bei dessen Rundfahrt von einer belgischen Kompagnie angehalten. Die sämtlichen auf dem Wagen und die auf der Wache angetroffenen Beamten, insgesamt 29, wurden verhaftet. Der den Belgiern sofort nachgesandte Hundertschaftsführer versuchte sofort die Freilassung seiner Leute zu erlangen. Der die belgische Kompagnie befehligende Oberleutnant erklärte, er habe von dem Kommandierenden General

Friedrich Muckles:* Das Kulturproblem der Französischen Revolution. 1. Teil.

„Wenn die Machthaber eine Daseinsberechtigung haben, dann doch nur, wenn sie das Volk leiten zum Heil und nicht zum Unheil, wenn sie über es wachen als getreue Hirten und es nicht bedrängen wie Wölfe, für die die Herde nur da ist, damit sie nach Belieben ihren Heißhunger stillen können; wenn ihnen das Volk ein Ehrfurcht erweckendes Heiligtum ist und nicht ein empfindungsloser Gegenstand, aus dem sie wie aus einem Steinbruch Quadern herausbrechen, um den prahlenden Tempel ihrer Selbstherrlichkeit zu errichten.“ Diese am Eingang des 1. Bandes geprägten Worte charakterisieren das Verhältnis von Masse und Führer in einem Staatswesen schlechthin — mit dem Unterschied, daß der aufgeklärte absolute Fürst kraft göttlicher Gnade, der Führer im demokratischen Staat kraft der im Volk wurzelnden und ihm vom Volk übertragenen Machtvollkommenheit zum Heile des Volkes regiert. Der französische Staat vor 1789 war aber eine vom König zu seinem, bezw. zum Heil seiner Standesgenossen geleitete Einrichtung. „Wo die Massen mit haßverzerrtem Antlitz aus ihren dunkeln Höhlen hervordringen und in Aufständen mit einer nicht mißzuverstehenden Sprache zum Ausdruck bringen, daß auch sie da sind, da hat die Geschichte ihr Verdammungsurteil gegen die Herrschenden gefällt.“ Muckle sieht die ersten Wetterzeichen der großen französischen Revolution unter Ludwig XIV. Regierung. Er wird dieser voll und ganz gerecht. Das Szepter des unumschränkt waltenden Königs gebot den trotzigen Feudalherren Ruhe und brachte dem Lande eine Machtentfaltung von überragender Bedeutung. Aber ist der Höhepunkt einer Blüte nicht auch schon der Anfang des Welkens? Und schloß die Blüte nicht die breiten Volksmassen von den Segnungen aus?

Nicht nur sozial und ökonomisch war die französische Bevölkerung in zwei Teile zerrissen; der gewaltige Kulturkonflikt fand seinen Ausdruck in den polarentgegengesetzten geistigen Strömungen: der mittelalterlichen Kultur mit ihrer wunderbaren Geschlossenheit und der Aufklärung mit ihrer zunächst zersetzenden Wirkung und so die Einheit jener Kultur auflösend. Es geht nicht an, der Betrachtung der französischen Revolution die Zwangsjacke ökonomischer Geschichtsauffassung anzulegen. Sie ist nicht einfach auf die Formel von Klassengegensätzen zurückzuführen. Die mittelalterliche Weltanschauung war zwar schon lange in der Zersetzung begriffen; aber der Rationalismus des 19. Jahrhunderts war noch nicht da. Die Zeit vor 1789 war eine solche des Konfliktes, in dem eine morsch gewordene, aber noch zäh um ihr Dasein ringende Kultur mit dem Neuen im Kampfe lag. Das Bürgertum des 18. Jahrhunderts war noch nicht das des 19. Jahrhunderts — es bildet wohl den Träger der rationalen Kultur mit seiner Entseelung der sozialen Beziehungen, war aber vom öden Geist des Rationalismus noch nicht so angefressen, daß es nicht eines höheren Ideals fähig gewesen wäre. „Wie wäre jener fortreißende revolutionäre Schwung des Bürgertums zu begreifen, wenn dieses sich dem seelenmordenden Mammonismus verschrieben gehabt hätte, der das hochaufglühende Gefühl eines weltüberwindenden Ideals auslöscht?“ Muckle entwirft ein historisch getreues, in der Sprache überaus feines Gemälde des Bürgertums — in einer Sprache, die dem Rhythmus der Bewegung des Geistes jener Kulturperiode angeschmiegt ist. Das Bürgertum war sozial und politisch entrechtet; seine wirtschaftliche Machtstellung war noch nicht durch den Ansturm eines klassenbewußten Proletariats gefährdet. Seine Interessen waren Menschheitsinteressen, die so mit dem Glanz eines idealistischen Strebens geweiht waren. Den Kulturkonflikt herauszuarbeiten ist Muckle m. E. überzeugend und in eigenartiger Beleuchtung gelungen da, wo er — gleichsam aus der Seele geschrieben — schildert, wie der Stand dem mittelalterlichen Menschen seinen Sinn gibt (der einseitige geschichtliche Materialismus wird hier nur ein blutleeres Gebilde hervorbringen). „Die Beziehungen des Einzelnen zum Stande sind nicht allein wirtschaftlicher Natur, eine so große Rolle sie auch spielen können, sondern der ganze Mensch wird in diese Ordnung einbezogen, seine ganze Lebensanschauung saugt er gleichsam auf mit der Luft, die im Bereiche des Standes weht“ — und wie die Klasse sich aufbaut auf rein wirtschaftlichen Interessen; „der Geist des Rationalismus ist es, der die Klasse zum Unterschied vom Stande mittelalterlicher Art kennzeichnet.“

So ist dieser vom Verfasser „die gesellschaftlichen Äußerungen des Kulturkonfliktes“ genannte Abschnitt dem großen Kulturproblem unterstellt, in dem noch nicht, wie im 19. Jahrhundert das ökonomische Moment die Dominante bildet. Die ökonomische Betrachtungsweise beleuchtet gleichsam immer nur die eine Fläche eines geschichtlichen Körpers; Muckle aber beleuchtet mit seiner kulturgeschichtlichen Betrachtung sämtliche Flächen auf einmal. Eine solche Kultur ist gleichsam die Auswirkung — oder besser gesagt — das Auswirken eines Urphänomens.

Der Adel, dessen Ritterlichkeit nur Aufmachung, aber keine Sache des Herzens ist, gestaltete sich sein Leben zu einem Fest „all die schönen Tropfen zu naschen, gab sich dem schönen Augenblick hin, die Zukunft zu verhängen.“ Der Bauer lebte im Sumpf dahin, „zur Not noch einige Tröstung findend im Glauben der Väter, der ihnen himmlische Fluren eröffnete.“ Die revolutionäre Philosophie der Aufklärung hat ein Doppelantlitz: ein rückwärts gewandtes, indem sie zerstörend wirkte und ein vorwärts schauendes, indem sie am Neubau der Zeit mitarbeitete. Ihr Träger ist das Bürgertum mit dem Aufgeregten der Zeit, der Loslösung vom Boden mittelalterlicher Lebensstimmung und der rationalen Einstellung. Sie nimmt den Kampf gegen das Mittelalter auf, kann aber wegen der rationalen Einstellung der hehren Welt des Katholizismus nicht gerecht werden. Das Wesen des Katholizismus ist hier in einer fein empfundenen Sprache herausgestellt; solch eingestreute Schilderungen, die aber nie den Fluß der Gesamtdarstellung hemmen, leuchten auf wie Edelsteine, die in einen feinen goldenen Ring eingefügt sind. Die Aufklärung ist meisterhaft im Zeichen des Kulturkonfliktes zusammengefaßt. Neben Montesquieu, und den Physiokarten nehmen Voltaire „als der Bannerträger englischer Gedanken“, Diderot und Rousseau breiteren Raum in der Darstellung ein.

Sehr fein ist vom Verfasser der Wesensunterschied der beiden ersten skizziert: „Voltaire beherrscht die Idee; Diderot wird von der Idee beherrscht“. Und Voltaire, der Verstandesmensch mit seinem ätzenden Spott, der kein Standbild der Ehrfurcht schont; Rousseau ganz Gefühl, Leidenschaft, die geniale Persönlichkeit. Voltaire ist der Typus der Bourgeoisie, dem die Tatsache verschlossen ist, daß der Gegensatz von Besitz und Nichtbesitz die erwartete Harmonie „wie ein sprengender Keil gefährden könnte“. Voltaire ist aber auch der Typus des französischen Geistes schlechthin, von dem Muckle sagt, in ihm wohne eine nicht gerade tiefe, aber für Hohes empfängliche

*) F. Muckle Das Kulturproblem der Französischen Revolution, 1. Teil, bei Erich Lichtenstein, Jena, erschienen.

des Brückenkopfes Duisburg den strikten Befehl, die im besetzten Stadtteil angetroffenen Schutzpolizeibeamten abzufangen und nach Duisburg zu führen, gleichviel ob sie Armbänder hätten oder nicht. Der Polizeipräsident für Essen hat sich sofort mit dem belgischen General in Verbindung gesetzt und angeordnet, daß die Oberhausener Schutzpolizei ihren Dienst in dem besetzten Stadtteil einstellt. Inzwischen sind von den verhafteten Beamten drei, die eine Armbinde hatten, freigelassen worden.

Die Zahl der Erwerbslosen.

Die Zahl derunterstützten **Voll-Erwerbslosen** im Reiche zu Ende Februar betrug 209 000, das sind rund 10 000 mehr als zu Ende Januar. Die **Zunahme** entfällt ausschließlich auf die männlichen Erwerbslosen, während die Zahl der weiblichen noch eine geringfügige Abnahme aufweist. Die Zahl der **Zuschlagsempfänger**, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Voll-Erwerbsloser ist im Febr. von 279 000 auf 302 000 gestiegen. Den **Hauptanlaß für diese ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes** hat, lt. „Frkf. Ztg.", der **Eisenbahnerstreik** mit seinen mannigfachen Nachwirkungen gebildet; doch hat die milde Witterung in der zweiten Hälfte des Februar günstige Gegenwirkungen ausgewirkt und im März ist nach den bisher vorliegenden Meldungen mit einer **Abnahme der Erwerbslosenzahl** zu rechnen.

Axel von Freytag-Loringhoven.

Im preußischen Landtag ist eine sozialdemokratische Anfrage eingebracht worden, worin folgende Angaben gemacht werden:

In dem Kolleg über deutsche und preußische Verfassung, das Professor von **Freytag-Loringhoven** in dem Wintersemester 1921/22 auf der Universität in **Breslau** liest, äußert er unter anderem folgende Ansichten: „Die gegenwärtige Republik besteht zu Unrecht, in Wirklichket haben wir noch eine Monarchie; es fehlt lediglich der Monarch. Drei Gründe sind beweiskräftig dafür, daß die Republik nicht zu Recht besteht: 1. hat ein kaiserlicher Staatssekretär die Republik ausgerufen, was er in seiner Eigenschaft als Beamter nicht tun durfte, was vielmehr als Hochverrat anzusehen ist; 2. hat der Kaiser zwar als deutscher Kaiser, nicht jedoch gleichzeitig als König von Preußen abgedankt, was auch nicht angängig ist, wie Prinz Max von Baden, der dies wohl wußte, ihm hätte sagen müssen; 3. hat Max von Baden als Reichskanzler Ebert zum Reichskanzler ernannt, was verfassungswidrig war. Daraus folgt auch, daß die Nationalversammlung zu Unrecht bestand und somit ihre sämtlichen Beschlüsse keine Gültigkeit haben." Weiter wird in der Anfrage ausgeführt:

„Dieser Professor Baron Axel vor Freytag-Loringhoven ist Ausländer aus dem Baltikum und dürfte ohne Zweifel einer **der lästigsten Ausländer** sein. Während des Kapp-Putsches war er im Generalkommando in Breslau als rechte Hand des berüchtigten Freikorpsführers Oberleutnant von Aulock tätig. Vor kurzem wurde dieser aus Rußland eingewanderte Universitätsprofessor, der in zahllosen Versammlungen und Zeitungsartikeln die Autorität der Reichs- und Staatsregierung durch wüste Angriffe herabsetzt, wegen Beleidigung zu 600 M. Geldstrafe rechtskräftig verurteilt. Dabei sah das Gericht als strafverschärfend an, daß der Beleidigte, ein Lehrer und Kreisdeputierter, den von Freytag-Loringhoven höhnend als „Eli Kanalgeruch" wiederholt bezeichnete, sich in jeder Weise der Achtung seiner Mitbürger erfreue, und daß gerade der Angeklagte als Universitätsprofessor u. Jugendbildner die Pflicht habe, sich wie ein anständiger Mensch auszudrücken. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um dieser **Verhetzung** durch einen Ausländer ein Ende zu bereiten?"

Neuer Duellunfug.

Anläßlich der in letzter Zeit viel erörterten Enthüllungen über **separatistische** und andere abenteuerliche Bestrebungen in Bayern sind, wie der **„Bayerische Kurier"** erfährt, eine Reihe von **Duellforderungen** ergangen und zwar sollen diese, wie das Blatt wissen will, auf Grund einer in München gedruckten **„Ehrenordnung"** erfolgt sein, die erst in jüngster Zeit „zwischen dem Bayrischen Landesverband des **Deutschen Offiziersbundes** und dem Verband der **bayrischen Offiziers-Regimentsvereine** einerseits, sowie dem **Waffenring**, den **Burschenschaften** und dem **Korpsphilisterverband** zu München andererseits" abgeschlossen worden sei. Nach § 1 dieser Ehrenordnung soll der Austrag der Ehrenhändel auf eine „den allgemeinen Grundsätzen entsprechende, standesgemäße Weise" erfolgen. Die Verfasser der Ehrenordnung lassen, wie der „Bayrische Kurier" weiter berichtet, sogar den Begriff der Satisfaktionsunfähigkeit, diese vorkriegszeitliche Ausgeburt, wieder aufmarschieren, doch scheint jetzt durchaus nicht mehr **jeder** Offizier, wie früher, satisfaktionsfähig zu sein; nur von einem „gemischten Ehrenrat" könne diese von irgendeiner Seite etwa in Zweifel gezogene Standeseigenschaft geprüft werden.

Das Organ der Bayrischen Volkspartei wendet sich vor allem vom **christlichen** Standpunkt mit aller Schärfe gegen diesen antiquierten Unfug. Es danke Gott, daß diese Wiederauferstehung noch nicht die ganze Ordnungszelle Bayern (diese ironische Wendung stammt vom „Bayrischen Kurier"), erfaßt habe, sondern sich vorerst noch auf engere Kreise beschränke. Das Blatt fragt angesich"'s solch verdrehter Ehrenbegriffe und schamloser Gesetzwidrigkeiten mit entrüstetem Erstaunen, in welchem Zeitalter wir den eigentlich lebten, ob denn die Duellparagraphen des Reichsstrafgesetzbuches nicht mehr zu Recht beständen und ob die Verfertiger jener Ehrenordnung wirklich aus dem Weltkrieg und der Revolution nichts gelernt hätten. Wenn die schon vor dem Kriege vielfach blind gepflegte Großmannssucht vieler junger deutscher Studenten und Offiziere bei ernsten gebildeten Kreisen ebenso wie beim schlichten Mann aus dem Volke Empörung verursacht haben — wie viel mehr müsse diese Inanspruchnahme einer besonderen Standesehre in allerweitesten Kreisen verstimmen. Eine gähnende Kluft entstehe, über die es eines Tages für jene, die sie verschuldet hätten, kein Zurück mehr geben könnte. Wollten die Offiziere sich selbst in eine Isolierung hineinmanövrieren und sich dort verkapseln, so sollten sie auch nicht darüber klagen, daß das Volk sie nicht verstehen wolle.

Aus dem englischen Unterhaus.

Im **Unterhause** erklärte **Chamberlain** in Beantwortung einer Anfrage, die über die vor zwei Tagen **abgehaltene Geheimsitzung des französischen Senats veröffentlichten Berichte** enthielten eine **Entstellung der Tatsachen.** In Wirklichkeit hätten sich die Ereignisse folgendermaßen abgespielt: Im Jahre 1920 habe der Oberste Rat deutsche Kohlensachverständige nach Spa berufen, die erklärt hätten, der **Hauptgrund für die unzureichenden Kohlenlieferungen sei die schlechte Ernährung der deutschen Bergleute. Die alliierten Sachverständigen hätten die Berechtigung dieser Erklärung einstimmig anerkannt.** Der Oberste Rat habe darauf auf Antrag **Lloyd Georges** beschlossen, daß die Alliierten Deutschland für den Ankauf von Lebensmitteln für die Bergleute eine Summe vorschießen sollten, die dem Unterschied zwischen den tatsächlich für die deutschen Kohlenlieferungen geleisteten Zahlungen und dem in England üblichen Ausfuhrpreis für Kohlen entsprechen sollte. Dieses Abkommen habe sich auf einen Zeitraum von sechs Monaten erstreckt und seine **Ergebnisse** seien gewesen, daß die **Forderungen der Reparationskommission beinahe vollständig erfüllt wurden und daß die Kohlenkrise in Frankreich eine Erleichterung erfuhr.** Das britische Schatzamt habe entgegen den veröffentlichten Behauptungen keinerlei Vorteile erzielt, im Gegenteil habe Großbritannien sich bereit erklärt, **Deutschland Vorschüsse zu gewähren,** ohne daß irgendwelche Kohlen nach England transportiert würden.

Sir Robert Horne teilte in Erwiderung einer Anfrage im Unterhaus mit, daß der Vorschlag, der für die Regelung des deutschen **Reparationsproblems** während seines letzten Besuches in Paris unterbreitet worden sei, nicht als ein endgültiger Vorschlag gemacht worden sei, sondern als eine **Anregung** zu gelten habe.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. **Karlsruhe**, 1. April. Der Landtag führte gestern nachmittag die Spezialberatung für das **Landwirtschaftsbudget zu Ende.** Auf Antrag Hügle wurde die Einrichtung eines 3. Jahrkurses an der landwirtschaftlichen Winterschule Hochburg empfohlen.

Abg. **Sack** (Zentr.) machte praktische Ausführungen zur Hebung der Rindvieh- und Pferdezucht.

In den Einnahmen erscheinen noch 400 000 M. als Anteil Badens an der Reichsstempelabgabe aus dem Totalisatorbetrieb, die ebenfalls zur Pferdezucht verwendet werden sollen.

Nach debatteloser Erledigung einer großen Reihe von Einzelpositionen wurde schließlich der **Gesamtvoranschlag des Ministeriums des Innern** gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten **angenommen.**

Die nächste Plenarsitzung findet Freitag, den 7. April vormittags 10 Uhr statt.

Nach Schluß der Nachmittagssitzung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Zentrums- und Landbundabgeordneten wegen eines Artikels der **„Badischen Landeszeitung"** über Finanzminister Köhler. Abg. Dr. **Schofer** sprach in diesem Zusammenhang von Lausbubenjournalistik.

Ein Kulturvortrag im Landtag.

Am Donnerstag abend versammelten sich auf Einladung eine Anzahl Landtagsabgeordnete, sowie Karlsruher Geistliche und Leiter von Schulen und Vereinen im Sitzungssaal des Landtages, um einen Vortrag des Freiburger Universitätsprofessors Dr. Günther über das Thema: „Natur- und Heimatlehre als Quelle neuer Volkskraft" anzuhören. Der Referent beherrschte sein Thema in vorzüglicher Weise. Er bedauerte, daß das Heimatempfinden in hohem Maße uns verloren gegangen und die Naturentfremdung so groß geworden ist. Das Volk verstehe nicht mehr die Sprache der Natur. Das Anschauen und Erfassen der letzteren müssen wir wieder lernen. Die Natur soll ja Herz und Verstand bereichern. Auch Geistliche und Lehrer müßten mehr Naturerkenntnis aufweisen und Belehrung und Begeisterung dafür verbreiten.

In diesen Gedankengängen bewegte sich der gehaltreiche Vortrag des sympatischen Redners. Er richtete zum Schluß, wie begreiflich, einen lebendigen Appell an die Landtagsabgeordneten, beim Staatsvoranschlag mit der Bewilligung der für solche Zwecke verlangten Summen nicht zu kargen. Den Dank der Eingeladenen erstattete ihm Landtagspräsident Wittemann, unter dessen Leitung die Veranstaltung vor sich ging.

*

Neue Eingänge.

Der **Ausschuß für Rechtspflege** und Verwaltung hat Stellung genommen zum Antrag der Abg. Schmidt-Bretten und Gen. betr. **Aufhebung einzelner badischer Postagenturen** und beschlossen, ihn in folgender Fassung zur Annahme zu empfehlen: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei der Aufhebung von Postagenturen in Baden die örtlichen Verhältnisse nach bester Möglichkeit berücksichtigt werden, daß die Aufhebung von Postagenturen in allen Teilen des Reiches gleichmäßig durchgeführt und daß jedenfalls keine Postagentur ohne gleichzeitige Errichtung einer Posthilfsstelle aufgehoben wird.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Die Erfassungsabteilung Karlsruhe des Reichsschatzministeriums III, deren Geschäftsgebiet das Land **Baden** umfaßt, ist, wie alle Erfassungsabteilungen im Reich, auf 31. März 1922 aufgelöst worden; ihre Aufgaben werden vom Landesfinanzamt Karlsruhe, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern, weiter erledigt.

DZ **Mannheim**, 30. März. Heute früh kam in dem Hause K 1, 19 ein **Brand** aus, der sich rasch auf Dachgeschoß und die oberen Stockwerke ausdehnte und schließlich das ganze Innere ausbrannte, so daß Einsturzgefahr besteht. Da die Alarmierung zu spät erfolgte und die einzige Tür zu dem Hause geschlossen war, verging kostbare Zeit, ehe die Feuerwehr in Tätigkeit treten konnte. Das Haus barg große Lager Lederabfälle der Firma Rheinische Lederverwertung (Otto Baum). Der ganze Bau ist vollständig ausgebrannt. Das Nebenhaus K 1, 18, das in allen Stockwerken mit dem brennenden Haus durch Türen verbunden ist, konnte gerettet werden. Bei den Löscharbeiten fiel dem Berufsfeuerwehrmann Friedmann ein Balken auf den Kopf, so daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt. Der Schaden ist sehr bedeutend, da außer den Ledervorräten auch Maschinen vernichtet wurden.

DZ. **Freiburg**, 30. [illegible]. Nach einer Mitteilung der Altershilfe Freiburg ergab die am 19. März in Freiburg durchgeführte **Haussammlung für das notleidende Alter die Summe von 190 000 Mark.**

DZ. **Freiburg**, 30. März. Nach einer Mitteilung des Grund- und Hausbesitzervereins soll beinahe die Hälfte der **im Jahre 1921 verkauften Häuser in die Hände von Ausländern übergegangen sein.**

Badische Gemeindeschau.

DZ. **Lahr**, 30. März. Am Mittwoch nachmittag fand unter dem Vorsitz des Amtsvorstandes im hiesigen Rathaus eine Besprechung in der Frage der **Eingemeindung Dinglingens mit** Lahr statt, wozu die beiden Kollegien, der Stadtrat von Lahr und der Gemeinderat von Dinglingen vollzählig erschienen waren. Mit dieser längeren eingehenden Aussprache wurde das Problem ein gutes Stück gefördert, insbesondere wurden verschiedene bisher bestehende Mißverständnisse beseitigt.

Seele, der die Geistesdinge erst zusagen, wenn sie von aller Schwere befreit sind und wie anmutige, beflügelte Wesen dahinschweben. Daher die gewaltige Wirkung auf die Zeitgenossen. Anders Diderot. Von ihm sagt der Verfasser: „Wie in Lessing die deutsche Aufklärung sich als Leidenschaft äußerte, wie er den Gedanken der Zeit den Atem lebendiger Kraft einhauchte, so hat auch Diderot das von rationalistischem Geist eingegebene Ideal der Zeit mit einer hinreißenden Beredsamkeit, einem Feuer verkündet, daß es gleichsam unter dem Anhauch seiner Seele aufglühte und seinen Ursprung aus der Sphäre des Verstandes verleugnete." Er ist der wahre Prophet der Aufklärung; von ihm sagt Goethe, daß etwas von der Flügelkraft des deutschen Geistes in seinen Werken rausche. Rousseau aber überwindet den Rationalismus, indem er mit der Macht eines Propheten ein neues Menschentum offenbart. Eine kurze aber feine Skizze ist Vauvenargues gewidmet. Dieser bekämpft bereits die Grundanschauung der Aufklärung, zwar nicht wie Rousseau im Erlebnis, wohl aber in der Idee; gerade durch diese Stellung aber hat er zu dem großen Rousseau übergeleitet. „Voltaire und Diderot verblassen neben jenem, sie sind wie zwei edle Klänge, Rousseau aber bildet eine gewaltige Symphonie". Voltaire ne songe pas à bouleverser l'état de choses; Rousseau ist Umstürzler. Muckle zeigt uns Rousseau als die selbstherrlich sich auslebende geniale Persönlichkeit, die nicht der Sprecher einer bestimmten Klasse, gar des Bürgertums gewesen ist. Er hat auf die Masse des Volkes einen verklärenden Schein geworfen, hat dessen Menschentum in herrlichen Tönen gepriesen. Seine andere Großtat ist die Kritik am Rationalismus, so der Zeit weit vorauseilend. Er ist ein Feind der Schöngeisterei, fühlt sich abgestoßen vom Philosophieren im Kerzenglanz des Salons. Er hat gekämpft für ein Leben voll tiefster Innerlichkeit, ganz einseitig gegen den Geist der die Seele aushöhlenden Verstandeskultur. Und doch hat ihn die Bourgeoisie als ihren Führer angesehen; denn sie war noch fähig, die Erlösung der Menschheit (nicht nur ihrer erst werdenden Klasse) als eine befreiende Tat, die aus dem Herzen quillt, zu verkünden. Rousseau war kein Sozialist. „Den Gedanken einer Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft vertritt er nicht, aber sein Werk ist erfüllt von Klängen, die wiederkehren im Denken der großen Sozialisten." Aber mit prophetischer Gabe kündet er schon den Konflikt, der heute brennend geworden ist — den Kampf um den Sozialismus. — Das sozialistische Ideal ist noch ein Traumbild. Im Kommunismus des Geistlichen Meslier hat der Groll der unter der Last seufzenden Bauern eine gewaltige Sprache gefunden; aber in seinen Forderungen ist er wie andere seinesgleichen Utopist; er weist in eine erloschene Stufe wirtschaftlicher Entwicklung zurück. Und der Proletarier war noch kleinbürgerlich, er war noch nicht zum Klassenbewußtsein gelangt und kämpfte den revolutionären Kampf an der Seite der eigentlichen Bourgeoisie.

„Der künstlerische Stil einer Zeit ist immer der Ausdruck der vorwaltenden Lebensführung und -stimmung der geistig führenden Kreise". Unter diesem Gesichtspunkt behandelt der Verfasser die Kunst des Rokoko und den Niederschlag des Geistes in der Literatur. Was hier über die Kunst des Rokoko und ihren Zusammenhang mit dem Habitus des Adels gesagt wird, gehört zum Schönsten, was je darüber geschrieben worden ist. Gerade an dieser Stelle drängt es zu sagen, daß Muckles Buch ein Kunstwerk ist, das wissenschaftliche Treue auf Grund von Einzelstudien verbindet mit einer glänzenden Darstellung, die den Meister der Inhalt und Form in eine Harmonie verschmelzenden Sprache verrät, die aus der Schau der Kulturzusammenhänge herausgewachsen, sich schöpferisch auswirkt.

Zusammenfassend: Der Verfasser hat uns in die gewaltige Krisis der Kultur hineingeführt, deren Gewölbe eingebrochen ist auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet. Die Bourgeoisie ist die Trägerin der neuen Kultur, eine Bourgeoisie, die noch von hohen Idealen beschwingt, das Zeitalter des Nationalismus erst einleitet, ohne diesem schon sich verschrieben zu haben. Sieyès enthüllt mit seherischer Kraft die Lage der Dinge, indem er schlagwortartig den tiers état als den Kern der Nation hinstellte. Wir stehen kurz vor dem Ausbruch der gewaltigen Revolution von 1789.

Professor Funder-Bretten.

Die **Bad. Landessammlungen für Naturkunde** (Naturalienkabinett am Friedrichsplatz), welche den Winter über wegen des Kohlenmangels geschlossen waren, werden von Sonntag, den 2. April ab wieder geöffnet sein. Der Besuch ist, wie bisher, unentgeltlich und die allgemeinen **Öffnungszeiten sind** Mittwoch, Freitag und Sonntag von 11—1 und 2—4 Uhr.

Lustiger Abend: Willi Braun.

Wenn man einen Blick über den Saal warf, in dem mehr leere als besetzte Stühle standen, da konnte einem die Stimmung auf einen lustigen Abend vergehen. Aber Willi Braun verscheuchte gleich bei seinem Erscheinen alle trüben Gedanken mit seinem fröhlichen Lachen und sieghaften Humor. Willi Braun verfügt über ein Riesenrepertoire, das Ernstes und Heiteres aus der Weltliteratur umfaßt, das kreuz und quer durch unsre lieben deutschen Dialekte führt, Schnurren und Späße, Scherze und Schwänke, Volks- und Cabaretlieder in buntem Wechsel bringt. Und er versteht gut zu erzählen, mit innerer teilnehmender Freude, mit Gemüt und Behaglichkeit, voll fröhlicher Laune und Schelmerei. Seine Lebendigkeit und Frische, sein sprudelnder Witz und die anschauliche Art seines Vortrags schaffen eine stimmungsvolle, behagliche Atmosphäre in der man sich wohl fühlt. Selbst seine Satire hat eine liebenswürdige, versöhnliche Note. Wilhelm Busch, Ludwig Thoma, Karl Ettlinger, Peter Rosegger waren die guten Geister echten deutschen Humors, die von ihm mit bestem Erfolg zitiert wurden. Zwischendurch setzte er sich auch an den Flügel, sang das schwäbische Volkslied vom Jockele oder das Ständchen eines Verliebten, oder eigene Lieder und Intermezzos, oder skizzierte einen Abend im Cabaret, wobei er seine Kunst zu Charakterisieren zeigen konnte. So flogen die zwei Stündchen im Nu vorüber, und das „Auf Wiedersehen!" der kleinen Zuhörerschaft am Schluß des Abends klang ihm aus aufrichtigem Herzen entgegen.

H. R—r.

DZ. **Gründung einer Kammerspielgemeinde in Freiburg.** In literarisch interessierten Kreisen Freiburgs haben auf die eindringlichen Vorstellungen des Intendanten Pichler hin diese die Notwendigkeit der Gründung einer Kammerspielgemeinde erkannt und deren Gründung bei Semesterbeginn beschlossen. Die Kammerspielgemeinde setzt sich aus den Studierenden und Dozenten der Universität sowie allen literarisch interessierten Kreisen zusammen und bezweckt, durch Abonnementsverpflichtung die Aufführung von Kammerspielen künstlerisch und materiell zu sichern. Der Zutritt zu den Kammerspielen soll nur den Mitgliedern der Kammerspielgemeinde zum Durchschnittspreise von 15 M. pro Platz gewährt werden, die einen weiteren Beitrag nicht erhebt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Literarische Neuerscheinungen.

Pfitzners „Palestrina". Wer sich einen Weg bahnen will zum geistigen und dramatischen Gehalt von Hans Pfitzners musikalischer Legende „Palestrina", für den ist Dr. Otto Erhardts Regiebuch ein unentbehrlicher Führer. Das bei Adolph Fürstner, Berlin, erschienene Buch ist in Übereinstimmung mit der Spielleitung des Dichterkomponisten höchst übersichtlich gearbeitet. Ein einleitender Aufsatz beleuchtet die Bedeutung und Gesamtinszenierung des Werkes. Dann werden die drei Akte nach Inszenierung, Regie und Spielleitung ausführlich dargestellt, veranschaulicht durch zahlreiche Notenbeispiele, Stellungsskizzen und Szenenabbildungen. Für das Problem der Raumgestaltung werden beherzigenswerte Fingerzeige gegeben. Auch die Beleuchtung, die eine wichtige Rolle spielt, wird eingehend behandelt. Am wertvollsten sind aber wohl die Hinweise, die den Weg zum Darstellungsstil der Legende aufzeigen, so daß Mißgriffe bei gutem Willen so gut wie ausgeschlossen sind. — In einem bühnentechnischen Anhang ist alles Wissenswerte über Kostüme, Möbel und Requisiten gesagt. Druck und Reproduktion der Skizzen und Abbildungen sind von schöner Deutlichkeit. H. R-r.

Staatsanzeiger.

Fahrplanänderung.

Ab Samstag, den 1. April verkehren die Schnellzüge D 115 und D 116 **Saarbrücken—Mannheim—Würzburg—Dresden** und umgekehrt wieder regelmäßig.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw

der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Stadtschulrat Rupert **Nepple** in Konstanz, Rektor Christian **Schiele** in Kirrlach, Amt Bruchsal, Oberreallehrer Karl **Menges** am Gymnasium in Heidelberg.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Hoffourier a. D. Konrad **Gebhard** in Karlsruhe zum Finanzassistent, Kanzleiassistent Josef **Lott** in Bruchsal zum Finanzassistent, Forstwart August Fetscher in Konstanz zum Oberforstwart.

Zuruhegesetzt:

Forstmeister Georg **Bauer** in Emmendingen, Forstmeister Wilhelm Freiherr **von Schweickhardt** in Baden.

Versetzt:

Finanzinspektor Bertold **Deimling** in Rothaus nach Karlsruhe, Maschinist Ludwig **Wurm** beim staatlichen Fernheizwerk in Karlsruhe zur Oberrechnungskammer in Karlsruhe, Maschinist Otto **Schmidt** bei der Oberrechnungskammer zum staatlichen Fernheizwerk in Karlsruhe.

Pfeiffer & Dillers

Auch Ihr Haushalt wird zu denen gehören, die keinen anderen Kaffee-Zusatz mehr verwenden, wenn Sie die echte, feine Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz auch nur einmal erprobten!

In Originaldosen u. Silberpaketen **Kaffee-Essenz**

Sonntag, den 2. April.

Landestheater. 6½—½10 Uhr 50 Mk. **Fra Diavolo** hierauf: **Tanzbilder.**

Konzerthaus. 7—9 Uhr 21 Mk. **Zwangseinquartierung**

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-:

Niederlassungen in Baden:

Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:

K. 959

Ich kaufe zu höchsten Auslandspreisen
von Montag bis Mittwoch

Juwelen, Schmucksachen in Gold, Silber, Platin, (aus zerbrochenen Sachen) Brillanten, Perlen, Edel- und Halbedelsteine, Gebisse, Zähne, Brennstifte.

Firma Juera, Hotel National
Kriegstraße 90 I, von 10—12 und 1—6 Uhr.

Familienversorgung.

Sicherheit im Todes- und Erlebensfall gibt nur die Lebensversicherung.

Preuß. Beamten-Verein in Hannover

Lebensversicherungsverein a. G. für jeden Beamten und Angestellten, auch für die freien Berufe (Ärzte, Apotheker, Architekten, Ingenieure, Rechtsanwälte usw.).

Gegr. 1876. Versicherungsbestand 665 000 000 M.

Keine Agenten! Ersparung sämtlicher Provisionen! Daher **niedrigste** Prämien!

Keine Teuerungszuschläge! Keine Aufnahmegebühren! Größte Sicherheit und günstigste Bedingungen.

Drucksachen und jede gewünschte Auskunft unter Bezug auf diese Anzeige kostenlos.

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel,** 13 Werderstraße 13 Stahlwarengeschäft.
Rasiermesserhohlschleiferei. K.565

Arterien-Verkalkung

Gicht/Gelenkrheumatismus/Steinleiden
ist heilbar. A.19 Prospekte gratis.
Bio-Chemie-Compagnie, Essen.

Warnung
vor unerlaubter Ausfuhr von Lanz-Zentrifugen.

Die Beliebtheit der Original-Lanz-Zentrifugen hat zur Folge, daß nicht zuständige Firmen im Elsaß und der Schweiz verbotene Mittel und Wege suchen, in das Gebiet unserer Generalvertreter in Elsaß-Lothringen, Frankreich und der Schweiz Lanz-Zentrifugen ohne rechtsgiltige Ausfuhrpapiere über die Grenze zu bringen.

Wir warnen daher alle deutschen Händler davor, die Hand zu solchen Schiebereien zu bieten; wir werden unnachsichtlich durch die zuständigen Behörden die Personen verfolgen, welche sich solche Schiebereien zu Schulden kommen lassen. Jedermann, der uns Personen oder Geschäfte namhaft macht, die auf genannte Weise unsere Lanz-Zentrifugen über die Grenze schieben oder Beihilfe leisten, sichern wir bei strengster Diskretion eine entsprechende Belohnung zu. Auch die Grenzwachen, Gendarmerien 2c. bitten wir um vermehrte Aufsicht und Mitteilung vorkommender Fälle.

Donaueschingen und Mannheim.

Schwarzwaldwerke Lanz Komm.-Ges.

Die neuen Zinsscheinbogen zu den Schuldverschreibungen des 3½% Anlehens der Stadtgemeinde Karlsruhe von 1902 werden von heute ab, ausgegeben. Sie können gegen Rückgabe der Zinsscheinanweisungen sowohl unmittelbar bei der Stadthauptkasse während der üblichen Kassenstunden abgeholt, als auch durch Vermittlung der Dresdner Bank in Berlin und deren Filialen, des Bankhauses L. & E. Wertheimer in Frankfurt a. M. bezogen werden.

In jedem Falle sind nach Buchstaben und Nummern geordnete Verzeichnisse der Zinsscheinanweisungen einzureichen.

Postsendungen, die nicht durch vorbezeichnete Banken gehen, sind freizumachen. In solchen Fällen werden die neuen Bogen auf Kosten des Einsenders unter „Einschreiben" zugesandt, wenn nicht ausdrücklich eine Wertangabe verlangt wird.

Sollten Zinsscheinanweisungen abhanden gekommen sein, so ist die Stadthauptkasse unverzüglich unter Vorlage der zugehörigen Schuldverschreibung zu verständigen. In diesem Falle werden die neuen Bogen an den Inhaber der Schuldverschreibungen verabfolgt. A.162

Karlsruhe, den 28. März 1922.

Der Stadtrat.

Städtische Bekleidungsstelle Karlsruhe
Schlußtage.

Zum Verkauf kommen noch:

Restposten Männer- u. Burschenanzüge	zu M.	600
„ **Männerhosen** schwarz, billigst		
„ **Männerhemden** Trikot	zu M.	52
„ **Knabenulster**	zu M.	60
„ **Kinderkleidchen** bedr. Flanell	zu M.	60
Schuhcreme, braun 10 Dosen	zu M.	5
Schuhfett, schwarz 10 Dosen	zu M.	5

Städt. Ausstellungshalle (Eing. Nordwestecke)

Maschinenfabrik Badenia
vormals Wm. Platz Söhne, A. G.
Vermögensübersicht am 31. Dezember 1921.

Vermögen.	M	Pf	Verpflichtungen.	M	Pf
Gelände und Gebäude M 1752097.81			Aktien-Kapital	14500000	—
Abschreibung „ 27399.80			4% Schuldverschreibungen	381500	—
M 1724698.01			5% „ I u. II	8000000	—
Neuanschaffg. „ 198991.42	1923689	43	Laufende Zinsscheine	167987	50
Einrichtung M 16.—			Guthaben der Lehrlinge	21556	50
Neuanschaff. „ 731095.57	731111	57	Voraussichtlicher Unfallversicherungsbeitrag 1921	50000	—
Wechsel	126746	40	Forderung unserer Lieferer und Sonstiger	9617693	15
Barbestand, Guthaben b. d. Reichsbank u. Scheckamt	492590	42	Satzungsmäßige Rücklage einschl. Sonderrücklage	3306803	55
Guthaben bei den Abnehmern	5021766	57	Rücklage für Gewinnanteile u. besondere Zwecke	541287	30
Vorausbezahlte Feuerversicherungs-Beiträge	32353	25	Rücklage für etwaige Verluste	122219	83
Wertpapiere	180017	50	Rückstellungen für Arbeiter- und Meister-Unterstützungen	108224	30
Schutzrechte	1	—	Spareinlagen der Angestellten und Arbeiter	217981	21
Vorschüsse	16639	—	Ausstehende Gewinn-Anteilscheine	5100	—
Vorräte an Rohstoffen, Hilfsrohstoffen, fertigen und halbfertig. Erzeugnissen u. Futtermitteln	31885500	90	Paul Baus-Stiftung	11599	50
Wertpapiere Paul Baus-Stiftung	10000	—	Arbeiter-Ruhegehälter	128750	—
			Beamten-Ruhegehälter	176192	07
			Verfügungsgelder	2890	—
			Gewinn-Vortrag M 199404.50		
			Reingewinn „ 2861226.63	3060631	13
	40420416	04		40420416	04

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Aufwand.	M	Pf	Ertrag.	M	Pf
Abschreibungen	27399	80	Gewinn-Vortrag	199404	50
Zinsen auf Schuldverschreibung M 365760.—			Rohgewinn 1921	10430994	96
Wechsel- u. Buchzinsen „ 736174.29	1101934	29			
Handlungs-Unkosten	6044163	75			
Alters- u. Inval.-Versicherung	113318	05			
Krankenkasse	127296	80			
Unfallversicherung	69656	90			
Verbrauch an Futtermitteln	85998	74			
Reingewinn	3060631	13			
	10630399	46		10630399	46

Zufolge Beschlusses der Generalversammlung vom 30. ds. Mts. werden die Dividendenscheine für das Jahr 1921 der Aktien Nr. 1—4000 mit je M 150.— und Nr. 4001—8000 mit je M 75.— bei den Bankhäusern

Rheinische Creditbank Mannheim und deren **Zweigniederlassungen, Deutsche Bank** und Bankhaus **M. Hohenemser,** beide in **Frankfurt a. M.,** sowie bei der **Gesellschaftskasse** in **Weinheim**

unter Vorlage des mit dem Bestätigungsvermerk des zuständigen Finanzamts versehenen Verzeichnisses der Wertpapiere (§ 3 der Verordnung vom 24. Oktober 1919) eingelöst. A.161

Weinheim, den 31. April 1922.

Der Aufsichtsrat: R. Nicolai. **Der Vorstand:** W. Platz. A. v. Arndt. L. Honold. E. Jacobsen.

Beschluß.

Gezwungen durch die Verhältnisse und zwecks Fortbestandes der deutschen Presse verpflichtet hiermit der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger E. V. (Baden-Pfalz) in Übereinstimmung mit sämtlichen Kreisvereinen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger alle seine Mitglieder, ab 1. März bezw. spätestens ab 1. April ds. Js. ihre **Bezugs- und Anzeigenpreise entsprechend zu erhöhen.**

Karlsruhe, den 27. Februar 1922.

Der Vorstand des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger E. V.

Die unterzeichneten Karlsruher Zeitungen haben infolgedessen ihre Bezugspreise entsprechend und ihre Anzeigenpreise zu gleicher Zeit um mindestens ⅓ zu erhöhen beschlossen.

Karlsruhe, den 31. März 1922.

Verlag des Badischen Beobachters,
Verlag der Badischen Landeszeitung,
Verlag der Badischen Presse,
Verlag des Karlsruher Tagblattes,
Verlag der Karlsruher Zeitung,
Verlag des Volksfreunds.

Unser Blatt kostet für den Monat April 1922 M. 21.— einschließlich Bestellgebühr. Der Einzelverkauf beträgt pro Nummer M. 1.—.

Verlag der Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger.

M697.2.1 **Tauberbischofsheim. Leonhard Schörk,** Taglöhner in Wenkheim, **Maria Barbara Schörk,** Krankenschwester in Wenkheim und **Margareta geb. Schörk,** Ehefrau des Schreinermeisters **Kilian Dürr** in Reichenberg, haben beantragt, den Eigentümer der im Grundbuch Wenkheim, Bd. 15, Heft 5 eingetragenen Grundstücke Lgb. Nr. 4242, 9 ar 27 qm Acker in der Schanz, Lgb. Nr. 5488, 25 ar 16 qm Acker u. Ödung in der Linde, Lgb. Nr. 8490, 6 ar 78 qm Acker im Kirx, Lgb. Nr. 9585, 23 ar 44 qm Acker im Hangeleiden mit seinem Rechte gemäß § 927 B.G.B. auszuschließen. Als Eigentümer ist eingetragen **Johann Michael Schörk,** Landwirt in Wenkheim. Aufgebotstermin ist bestimmt auf:

Mittwoch, den 24. Mai 1922, vormittags 11 Uhr,

Der bisherige Eigentümer oder dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens im Aufgebotstermin anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Tauberbischofsheim, den 22. März 1922.

Bad. Amtsgericht.